

Überwachung jüdischer Vereine



Die bereits seit der Machtergreifung Hitlers praktizierte politische Überwachung der jüdischen Vereine wurde 1938 noch verschärft. Das »Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen« vom 28. März 1938 entzog den jüdischen Gemeinden ihren Status als Körperschaften öffentlichen Rechts. Sie wurden Vereinen gleichgestellt, deren Erfassung über die Vereinsregister bei den Amtsgerichten gewährleistet werden konnte. Gleichzeitig nahmen Behörden und NSDAP-Dienststellen immer stärker Einfluss auf wichtige Vereinsbeschlüsse sowie die Berufung leitender Mitglieder. Ab Januar 1939 war die zuständige Meldebehörde über den Ein- und Austritt von Mitgliedern jüdischer Vereine zu informieren. Die Überwachung der Vereinstätigkeit gehörte zu den Tätigkeitsfeldern der Geheimen Staatspolizei. Sie sammelte Informationen zu leitenden Mitgliedern von Vereinen, erstellte Versammlungsberichte und verfügte die Schließung von Vereinsbüros. Andere Behörden wurden zur Mitwirkung angewiesen, z. B. bei der Postüberwachung die Reichspostdirektion Leipzig.



Gebäude Wächterstraße 5, Sitz des Polizeipräsidiums Leipzig und der Staatspolizeistelle Leipzig um 1905
Stadtarchiv Leipzig, BA 1981/11085

Reichsgesetzblatt 1938, S. 338

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen.

Vom 28. März 1938.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

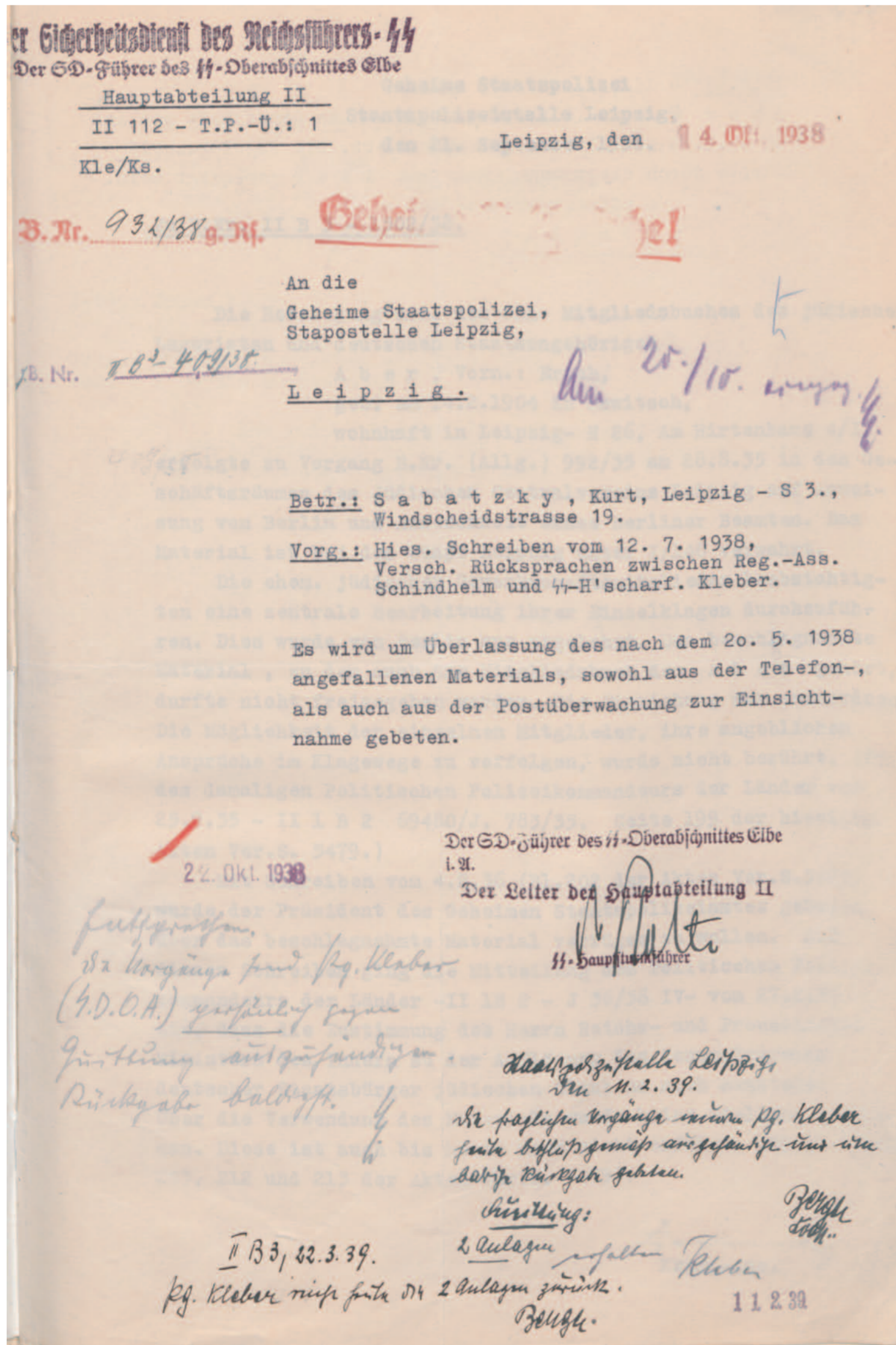
- § 1
- (1) Die jüdischen Kultusvereinigungen und ihre Verbände erlangen die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister.
- (2) Mit Ablauf des 31. März 1938 verlieren die jüdischen Kultusvereinigungen und ihre Verbände die Stellung von Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie diese bisher befaßen. Sie sind von diesem Zeitpunkt an rechtsfähige Vereine des bürgerlichen Rechts. Die Eintragung in das Vereinsregister ist nachzuholen.
- § 2
- Die Beamten der im § 1 Abs. 2 genannten Vereinigungen und Verbände verlieren mit Ablauf des 31. März 1938 ihre Beamteneigenschaft. Sie treten mit demselben Zeitpunkt zu den Vereinigungen und Verbänden in ein bürgerlich-rechtliches Dienstverhältnis, auf das die bisherige Regelung ihrer Rechte und Pflichten entsprechende Anwendung findet.
- § 3
- (1) Der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde bedürfen:
- Beschlüsse der Organe der jüdischen Kultusvereinigungen und ihrer Verbände
- a) bei Bildung, Veränderung und Auflösung der Vereinigungen und Verbände,
- b) bei Veräußerungen oder wesentlichen Veränderungen von Gegenständen, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben, insbesondere von Archiven oder Teilen von solchen.
- (2) Die höhere Verwaltungsbehörde kann gegen die Berufung der Mitglieder der Organe der jüdischen Kultusvereinigungen und ihrer Verbände Einspruch erheben.
- § 4
- Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten kann zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.
- § 5
- (1) Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1938 in Kraft.
- (2) Mit diesem Zeitpunkt treten entgegenstehende Bestimmungen außer Kraft.
- (3) Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes für das Land Österreich bleibt vorbehalten.

Berlin, den 28. März 1938.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten
Kerrl

Der Reichsminister des Innern
Frid



Anordnung der Postüberwachung von Kurt Sabatzky, Syndikus des Jüdischen Centralvereins e. V., durch den SD/Reichsführer SS und Fotokopie eines beschlagnahmten Briefs 14. Oktober 1938
Staatsarchiv Leipzig, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, Nr. PP-V 5007

